

Trägt das Fortschrittsversprechen?

Das Programm der Ampelkoalition

Nach 16 Jahren der Kanzlerschaft von Angela Merkel trat eine neue Regierung mit dem erklärten Anspruch an, „mehr Fortschritt wagen“ zu wollen. In der Tat: Ein „Weiter so“ wie bisher wäre angesichts der Klimakrise, des Flüchtlingselends an den europäischen Grenzen und der Pandemiegefahren nur um den Preis weiterer Katastrophen denkbar. Die Lebensverhältnisse in Deutschland sind ungleicher geworden, das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft unterminiert sie auch politisch. In dieser Situation erscheint es angezeigt, den Anspruch der sogenannten Ampelkoalition an den zu bewältigenden Aufgaben zu messen.

RICHARD DETJE, MARTIN KRONAUER, DIETER SAUER, MICHAEL SCHUMANN

1 Vorbemerkung

Der folgende Beitrag wurde vor dem 24. Februar verfasst. Seither haben sich die politischen Koordinaten mit dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine auch in Deutschland dramatisch verschoben. Das Programm der Ampelkoalition war, wie wir zeigen werden, auf Kurskorrekturen bei Wahrung von gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Kontinuität angelegt. Darin sollte der Fortschritt bestehen. Der Ukrainekrieg hat dieses Vorhaben durchkreuzt. Unter dem Stichwort „Zeitenwende“ nahm die Regierung innerhalb weniger Tage scharfe Kurswechsel in der Rüstungs- und Energiepolitik vor. Sie stellen selbst den Fortschrittsgedanken, wie er im Koalitions-papier proklamiert wird, infrage: durch die Festlegung von massiven finanziellen Mitteln für ein Aufrüstungsprogramm und durch die Zuflucht zu ökologisch wie politisch höchst problematischen fossilen Energieträgern und deren Lieferanten, um so rasch wie möglich den Abhängigkeiten von Russland zu entkommen. Diese Entwicklungen konnten wir noch nicht berücksichtigen. Sie verschärfen jedoch Probleme, die bereits im Koalitionsprogramm erkennbar waren und deshalb im Auge behalten werden müssen. Ihre Bewältigung wird angesichts des von Putin zugleich ausgerufenen und geführten Kriegs der „Systeme“ nur noch dringlicher. Denn für Deutsch-

land hängt davon ab, ob und wie es sich als Demokratie behaupten kann.

2 Regierungs- oder Richtungswechsel?

Eine „Fortschrittsregierung“ soll Deutschland in die Zukunft führen. „Mehr Fortschritt wagen“ haben die Parteien der Bundesregierung über ihre Agenda geschrieben. Deutschland stecke, heißt es in den Eingangspassagen des Koalitionsvertrags, in einem „Jahrzehnt des Umbruchs“ (Koalitionsvertrag 2021, S. 4). Zu bewältigen seien die Klimakrise, die Umsetzung forciertes Digitalisierung, der verschärzte globale Wettbewerb, eine fortschreitende Alterung der Gesellschaft – all dies in Zeiten einer Pandemie und der Zuspitzung internationaler Konflikte.

Damit sind wichtige Problemfelder, mit denen sich die neue Regierung auseinandersetzen muss, benannt. Auffallend ausgespart bleibt allerdings ein zentrales Problem: die soziale Ungleichheit, die seit der Jahrtausendwende zugenommen hat und sich während der Corona-Pandemie weiter vertieft. Dass „Gemeinsinn, Solidarität und Zusammenhalt“ neu zu bestimmen seien, wie es in den Koalitionsvereinbarungen heißt, bezieht sich auf diesen Sachverhalt ausdrücklich nicht. Verwiesen wird vielmehr

lediglich auf „Unterschiede“ in einer Gesellschaft, die „freier und reicher an Perspektiven“ (ebd., S.7) geworden sei.

Mit einer Konkretisierung der Probleme, an denen sich die Koalition abarbeiten will, hält sie sich in ihrem „Fortschrittsprogramm“ nicht lange auf. Dessen Duktus ist ganz vom „Aufbruch“, vom „Machen“ bestimmt. Beschleunigte Dekarbonisierung und ökologischer Umbau, technologische Modernisierung und Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft sind die formulierten Ziele. Bereits im Stil will sich die neue Regierung von den 16 Jahren der Kanzlerschaft Merkel unterscheiden. Dieser fehlt jede programmatische Ausrichtung.

Die großen Krisen der letzten Jahre wurden pragmatisch angegangen, ohne ihnen an die Wurzel zu gehen: Auf die Finanzmarktkrise von 2008 folgte die Bankenrettung mit Steuergeldern, auf die Eurokrise das maßgeblich von Deutschland diktierte Sparprogramm für die Schuldnerländer, die damit nur noch tiefer in die Krise stürzten, was wiederum die EU selbst gefährdete. Die beiden ebenfalls durch Krisen angestoßenen und bemerkenswerten Wendungen in der Ära Merkel – der Ausstieg aus der Kernenergie nach Fukushima und die Aufnahme der Flüchtlinge 2015 – griffen Ad-hoc-Stimmungslagen in der Bevölkerung auf, wurden sodann allerdings nicht konsequent vollzogen. Die Energiewende blieb weit hinter den selbst gesteckten Zielen zurück. In der Flüchtlingsfrage folgte in einer darüber gespaltenen Gesellschaft bald eine Kehrtwendung zur Abschottung.

Gründe für einen „Aufbruch“ gibt es genug. Worauf aber zielt der „Fortschritt“, der nunmehr angestrebt werden soll? Wie tief geht der proklamierte Einschnitt? Es liegt nahe, diese Fragen an das Programm der neuen Regierungskoalition zugleich in einem weiteren gesellschaftspolitischen Kontext zu verorten, der derzeit international diskutiert wird. Befinden wir uns am Ende einer rund 40-jährigen Ära, die sehr grob als die Ära des „Neoliberalismus“ gekennzeichnet wird? Gehört zu den Anzeichen dieses Endes auch der proklamierte Politikwechsel in Deutschland?

Die „grundlegende Stoßrichtung hinter dem, was wir als ‚Neoliberalismus‘ oder Marktrevolution kennen“, war und ist, wie Adam Tooze (2021, S.19f.) treffend zusammenfasst, „Verteilungsfragen zu entpolitisieren, einschließlich der sehr ungleichen Folgen gesellschaftlicher Risiken, egal ob diese auf strukturelle Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung, Umweltschäden oder Krankheiten zurückzuführen sind“. Die Entpolitisierung von Verteilungsfragen im Interesse derer, die von der Ungleichheit in den Verteilungen von Einkommen, Vermögen und Risiken profitieren, musste seinerzeit erst mit politischen Mitteln gegen eine aus herrschender Sicht mehr und mehr „unregierbare Gesellschaft“ (Chamayou 2019), gegen widerspenstige Arbeiter, neue ökologische und soziale Bewegungen durchgesetzt werden. Margaret Thatcher bekämpfte in den 1980er Jahren nicht nur

die Gewerkschaften, sondern führte einen regelrechten „Krieg gegen die Gesellschaft“ (Kronauer 2020, S.11) als politisches Gemeinwesen: „There is no such thing!\”, deklarierte sie.

Die Politik der Entpolitisierung von Verteilungsfragen, somit der Unterordnung von Politik unter die Märkte und diejenigen, die am Markt die Macht haben, nahm in den verschiedenen westeuropäischen Ländern je nach institutionellen Traditionen und politischen Kräfteverhältnissen unterschiedliche Formen an. In Deutschland trug ausgerechnet die erste sozialdemokratisch-grüne Regierung erheblich zu einem Schub sozialer Entsicherung und wachsender sozialer Ungleichheit bei.

Zwei Entwicklungen haben mittlerweile die Dominanz der Märkte über die Politik stärker und radikaler als jeder Widerstand aus der Gesellschaft heraus infrage gestellt: die dramatischen Zuspitzungen des Klimawandels mit seinen bereits jetzt erfahrbaren und erst recht den zu erwartenden Folgen; und die globale Ausbreitung der Corona-Pandemie. Sie haben überall in der Welt die politischen Auseinandersetzungen darüber, wie es weitergehen soll, verschärft.

Es ist offensichtlich, dass es nicht „die Märkte“ sind, die aus sich heraus die Gegenkräfte zum Klimawandel hervorbringen werden, den sie ihrerseits in den letzten 200 Jahren mit immer bedrohlicher werdender Dynamik angetrieben haben. Und die Corona-Pandemie hat politische Interventionen in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben herausgefordert, die vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Gleichzeitig hat der ökonomisch inszenierte Neoliberalismus die politischen Herausforderungen vergrößert.

In dieser kritischen Phase tritt in Deutschland die Amelkoalition mit ihrem Fortschrittsversprechen an, und an dem, was die kritische Phase ausmacht, wird es sich messen lassen müssen.

3 Das Fortschrittsversprechen

Entgegen seinen Gepflogenheiten hält der Bundeskanzler mit großen Herausforderungen und Ambitionen nicht hinter dem Berg: „Wir erleben gerade einen besonderen Moment in der Geschichte Deutschlands. Was die industrielle Modernisierung des Landes angeht, können wir ihn noch am ehesten vergleichen mit der Zeit am Ende des 19. Jahrhunderts, als es auch große Sprünge und Veränderungen gab“ (Scholz 2021, S.15).

Folgen wir kurz der historischen Spur. Die Belle Époque, an die Olaf Scholz hier erinnert, war gekennzeichnet durch eine stürmische Entwicklung der Industrie (Stahl, Chemie, Elektrotechnik), neue Mobilitätskonzepte (Eisenbahn, Auto), Urbanisierung und medizinischen

Fortschritt. Der sozialdemokratische Kanzler dürfte zugleich an den Aufstieg der SPD zur Massenpartei gedacht haben – 1891 freilich auf der Grundlage ihres Erfurter Programms, das die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft zum Ziel hatte. Das letzte Mal, dass sozialistische Transformationsstrategien im Kontext von Sozialdemokratie und Gewerkschaften erörtert wurden, war in der kurzen Zeitspanne nach der Niederlage des Faschismus und der Gründung der Bundesrepublik. Damals trat unter anderen Viktor Agatz, der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, aus dem später das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) entstand, ganz im Einklang mit dem DGB-Grundsatzprogramm und der Parteiführung der SPD für eine wirtschaftsdemokratische „Neuordnung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Ein Dreivierteljahrhundert später kommt die Fortschrittsbotschaft nicht über ein technologisches Modernisierungsversprechen hinaus: „Die SPD ist immer eine Partei gewesen, die sich mit dem technologischen Fortschritt verheiratet hat. Das Besondere in unserer Zeit ist: Die Arbeiterinnen und Arbeiter fordern die Modernisierung. Es gibt die Möglichkeit zu einer Fortschrittsallianz, die weit über die Regierungskoalition hinausgeht und die ganze Gesellschaft ergreift“, so Scholz (ebd.).

Die Älteren in der SPD erinnern sich sicher noch an die 1950er und 60er Jahre, in denen das Heilsversprechen des technischen Fortschritts die ganze Gesellschaft erfasst hatte. Es waren damals vor allem die SPD und die Gewerkschaften, die sich von der technischen Entwicklung die weitere Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand versprachen. Als sich dann in den 1970er Jahren die Vorstellung „immerwährender Prosperität“ als „kurzer Traum“ (Lutz 1984) erwiesen hatte, war es mit dem Fortschritts- und Wachstumsoptimismus zwar nicht vorbei, aber die kritischen Stimmen wurden zahlreicher. In den Sozialwissenschaften wurde der Glaube an die prägende Kraft des technischen Fortschritts als fehlgeleiteter „Technikdeterminismus“ breit kritisiert. Die gesellschaftliche Bewertung ist deutlich zwiespältiger geworden. Das zeigte sich in der Automationsdebatte der 1980er Jahre und das zeigt sich in der aktuellen Digitalisierungsdebatte. Nicht die Technik löst die anstehenden gesellschaftlichen Probleme, sondern ihre Anwendung durch gesellschaftliche Akteure entscheidet über die positiven und negativen Wirkungen technologischer Innovationen.

Digitalisierung ist eines der Schlüsselworte im Koalitionsprogramm. Sie erscheint als Allzwecklösung für Probleme in den verschiedensten Bereichen: Wirtschaft, Bildung, Bürokratie, Stadtentwicklung, Bürgernähe, Armut. Vor allem eröffne sie im Zusammenhang mit weiteren technischen Innovationen neue Problemlösungskapazitäten für die zentrale Zukunftsaufgabe der Ökologie. Dabei fällt auf, dass kaum jemals ausgeführt wird, worin die Probleme jeweils bestehen. Umso fragwürdiger wird die Zauberformel selbst: Was meint „Digitalisierung“ in den

einzelnen Handlungsfeldern konkret? Wie steht es um die Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen? Trägt Digitalisierung zu mehr Chancengleichheit im noch immer stark gegliederten deutschen Bildungssystem bei? Lässt sich „Bürokratisierung“ durch „Digitalisierung“ zum Verschwinden bringen, ist sie nicht vielmehr selbst deren Instrument? Was soll es heißen, Städte seien „smart“, und was verhindert, dass aus *smart cities* *Google cities* werden? Und wie sieht es mit erweiterten Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten aus? Im Modernisierungsrausch wird leicht das Mittel zum Selbstzweck verklärt.

4 Welches „Wagnis“?

Mit der Losung „mehr Demokratie wagen“ hatte Willy Brandt 1969 auf die antiautoritäre Revolte an den Universitäten, die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und Mitbestimmungsforderungen in den Betrieben reagiert. Dass es ein „Wagnis“ sei, demokratischer zu werden, sprach dabei an, wie stark die Bundesrepublik der Nachkriegsjahrzehnte noch immer von antidemokratischen Haltungen geprägt war, die aus der Nazizeit mitgeschleppt wurden. Die erste Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung wollte die rebellischen gesellschaftlichen Impulse politisch aufgreifen. Sie wollte sie zugleich aber auch aus dem außerparlamentarischen Raum in den parlamentarischen lenken, kanalisieren, entschärfen und mit Berufsverboten schließlich auch noch kriminalisieren.

„Mehr Fortschritt wagen“ ist der von vornherein politisch entschärfte und dazu noch unglücklich formulierte Abklatsch der Losung der ersten sozialliberalen Regierung. Er ist politisch entschärft, weil mit „Fortschritt“ ein Begriff gewählt wurde, unter dem sich alle versammeln können. Wer will nicht fortschrittlich sein? Selbst konservativ zu sein, gilt heute als fortschrittlich, wenigstens in ökologischer Hinsicht. Entscheidender aber ist: Worin soll das Wagnis bestehen? Diejenigen, die heute diese Rolle ausgeben, weigern sich, Rechenschaft darüber abzulegen, wovon sie sich abgrenzen wollen. Bei Brandts „Mehr Demokratie wagen“ war dies deutlich. Wovon aber hebt sich die Forderung „Mehr Fortschritt wagen“ ab? Worin besteht der Vorwurf an die Vorgängerregierungen (an denen die Ampelparteien in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder beteiligt waren)? An welchem „Fortschritt“ hat es gemangelt?

In der Tat war die Fortschrittsidee während der letzten rund 30 Jahre aus dem öffentlichen, politischen Sprachgebrauch nahezu verschwunden. Das bedeutete aber keineswegs, dass sich in diesen Jahrzehnten keine tiefgreifenden technischen und gesellschaftlichen Veränderungen vollzogen hätten – PCs, Internet und weitreichende Digi-

talisierung gehören in diese Zeit. Das Verschwinden resultierte sicherlich nicht aus technologischer Stagnation. Verdrängt wurde das Fortschrittsversprechen vielmehr in gesellschaftlicher Hinsicht.

Charakteristisch für die letzten 30 Jahre war ein Auseinanderdriften der Gesellschaft – im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, soziale Absicherung, regionale Wohn- und Lebensverhältnisse, politische Partizipation. Selbst der „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986), der Ungleichheit erträglich machen sollte, weil schließlich alle in einer gemeinsamen Mobilitätsbewegung nach oben gehoben würden, griff nicht mehr.

Das Wort „Reform“ bekam, im Unterschied zur Brandt-Ära, spätestens seit den Hartz-Gesetzen einen eher bedrohlichen Klang. Zumutungen, nicht Fortschritte waren mit ihm verbunden. Die Politik der Unterordnung von Politik unter die Märkte und damit unter Kapitalmacht brachte soziale Verwerfungen hervor, die im Nachhinein korrigiert werden mussten. Der Mindestlohn als Antwort auf den Niedriglohnsektor, zu dessen Ausbreitung die sogenannten Hartz-Reformen beigetragen hatten, ist dafür ein schlagendes Beispiel. Und welche Regierung hätte es gewagt, die Rettung der Banken mit Steuergeldern nach der Krise von 2008 – ein Ergebnis der politischen Entfesselung der Finanzmärkte seit den 1970er Jahren – als eine Politik des Fortschritts zu verkaufen?

Bleiben wir dabei, diese Periode verkürzt die Periode des „Neoliberalismus“ zu nennen. Tritt die Ampelkoalition an, sich von einer Politik der Priorisierung von Privatisierung, Deregulierung und Marktsteuerung abzusetzen? Meint sie dies mit der Wiederentdeckung der Fortschrittsidee? Und zeigt die Wortwahl „wagen“ dabei ein Bewusstsein davon an, dass einem solchen Vorhaben beträchtliche Widerstände von Kapitalinteressen entgegenstehen werden, die vom Neoliberalismus profitierten und nach wie vor profitieren?

Von all dem ist beim „Aufbruch“ nicht die Rede. Allzu einschneidend soll er offenbar nicht sein.

sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ (ebd., S. 119) ergriffen; Migranten sollen leichter Zugang zur Staatsbürgerschaft erlangen, das Aufenthaltsrecht soll weniger restriktiv und stärker integrativ ausgestaltet werden, um einige zentrale, die individuellen Rechte betreffenden Vorhaben herauszugreifen. Es bleibt offen, ob auch ein Richtungswechsel bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen ins Auge gefasst wird.

Bei den sozialen Rechten stechen die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung und die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € hervor (ebd., S. 69). Ansonsten überwiegen Ankündigungen zur Verteidigung des Status quo, etwa die Zusicherung, keine Rentenkürzungen und keine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorzunehmen. Gewerkschaften werden zu schätzen wissen, dass *union busting* künftig als Straftat geahndet wird. Im wichtigen Bereich der Wohnungsversorgung treffen im Koalitionsprogramm Interessengegensätze zwischen den Parteien unvermittelt aufeinander. So soll das dringend notwendige Gesetz zu einer neuen Wohngemeinnützigkeit nicht mit der „Struktur der etablierten Wohnungswirtschaft“ (ebd., S. 88) kollidieren.

Unangetastet bleibt die im EU-Vergleich horrende Ungleichheit der Vermögen in Deutschland. Die Weigerung der Koalition, in die Vermögensverteilung einzutreten, hat Interessenverletzungen im großen unteren Feld der sozialen Pyramide zur Folge. Die eher semantische als reale Überführung des Hartz-IV-Regimes in ein „Bürgergeld“ zielt nicht auf eine Anhebung der Regelsätze ab, um damit kulturelle Mindeststandards der Lebensführung zu gewährleisten. Sie lockert mit dem zeitlich begrenzten Sanktionsmoratorium die politisch angesetzten Daumenschrauben, behebt aber nicht den Skandal von massenhafter Armut in einer Welt ständig wachsenden, steuerlich begünstigten privaten Reichtums.

Sozialer Fortschritt verlangt, um im Bild zu bleiben, dass individuelle Rechte und soziale Rechte gleichmäßig, einander unterstützend vorankommen. Der im Ampelprogramm proklamierte Fortschritt hingegen hinkt erheblich.

5 Geteilter Fortschritt?

Mit dem Regierungswechsel nach 16 Jahren christdemokratischer Führung sind durchaus Kurskorrekturen vorgesehen, und die wollen wir nicht kleinreden. Sie zielen vor allem auf eine Stärkung individueller Rechte ab, fallen hingegen deutlich bescheidener bei den sozialen Rechten aus.

So will die Ampelkoalition die Gleichstellung von Männern und Frauen vorantreiben (Koalitionsvertrag 2021, S. 114), auch in ökonomischer Hinsicht; sie will die „reproduktive Selbstbestimmung“ (ebd., S. 116) der Frauen stärken, Maßnahmen zur „Akzeptanz und dem Schutz

6 Der Exportweltmeister soll nachhaltig werden

Die größten Ambitionen verfolgt die Ampelkoalition beim ökologischen Umbau. Aber auch er wird von vornherein eingepasst in den bekannten Rahmen von Wachstum, Marktführerschaft und Exportnation. Das politische Selbstverständnis der neuen sozialliberal-grünen Bundesregierung ist am Ende des ersten Drittels des Koalitionsvertrages in einem Satz zusammengefasst: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutsch-

land als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen“ (ebd., S. 64; siehe auch S. 24). Das ist nicht einfach so niedergeschrieben,¹ sondern enthält den Kern des Programms. In der Bewältigung der Klimakrise wird eine „große Chance für die Modernisierung unseres Landes und den Industriestandort Deutschland“ (ebd., S. 54) gesehen. Es gilt, so das Verständnis, diesem Standort zu ökologischer Technologieführerschaft zu verhelfen: als Leitmarkt für E-Mobilität und Zentrum der Batteriezellenfertigung, mit grünem Wasserstoff, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem dadurch ermöglichten vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Eine global orientierte Win-Win-Konstellation wird aufgeblättert: „Wirtschaftlich und technologisch weiterhin in der Spaltenliga“ (ebd., S. 5) zu spielen, soll Wohlstand in Deutschland sichern und die Welt mit grünen Spitzentechnologien gegen ansonsten nicht mehr beherrschbare Folgen des Klimawandels rüsten.

Es ist bei dieser programmatischen Rahmung nur konsequent, dass die Ampelkoalition dem Kapital die entscheidende Rolle bei Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Marktführerschaft zuweist. Der „öffentlichen Hand“, dem Gemeinwesen, fällt dabei die Aufgabe zu, den Unternehmen finanzielle Anreize anzubieten und Infrastruktur, insbesondere technische (Stichwort Digitalisierung) und Forschungseinrichtungen, bereitzustellen. Nachhaltigkeit muss durch das Nadelöhr der Profitabilität und soll mit überlegener Innovationskraft und Produktivität ein Mittel sein, Konkurrenten am Weltmarkt aus dem Feld zu schlagen.

Larry Fink, Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock, hat, einem Artikel der FAZ vom Januar 2022 zufolge, diese Lektion verstanden: „Wir haben Nachhaltigkeit ins Zentrum unseres Handelns gerückt. Nicht etwa, weil wir Umweltschützer, sondern weil wir Kapitalisten und Treuhänder unserer Kunden sind“ (FAZ 2022, S. 25). Finks Einsicht lässt sich leicht umkehren: Nur so lange Nachhaltigkeit profitabel ist, interessiert auch der Umweltschutz. Damit kommt der wesentliche Widerspruch, in dem sich ein auf ökologischen Umbau ausgerichtetes politisches Handeln heute bewegt, auf den Punkt.

Der traditionelle sozialdemokratische Reformismus hielt sich an die Maxime: Man muss die Kuh – sprich: den Kapitalismus – füttern, damit wir sie melken können. Schon in früheren geschichtlichen Epochen hat diese Haltung zu verheerenden Niederlagen geführt. Heute, angesichts der ökologischen Frage, lässt sich aber nicht einmal mehr die Grundannahme plausibel aufrechterhalten. Das Prinzip endlosen Wachstums, der Akkumulation von

Kapital um der Akkumulation willen, gefüttert von der Profitmacherei, zerstört die Lebensgrundlagen auf dem Planeten. Das Füttern selbst wird tödlich. Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil wird dem Ende bereiten.

Dies ist die Falle, in der heute der ökologische Umbau steckt. Ihm fehlt die Zeit, auf das Ende des Kapitalismus zu warten; und die Kräfte, die dieses Ende herbeiführen wollen, sind erlahmt. Es gilt also, um ein anderes Bild aufzugreifen, zu versuchen, den Tiger zu reiten, aber in dem Bewusstsein, dass er ein Raubtier bleibt, das man zu einer Richtungsänderung zwingen muss. Das wäre pragmatischer Realismus. Den Tiger ein Hauskätzchen zu nennen und seine vermeintliche Domestizierung bereits zum Fortschritt zu erklären, ist es dagegen nicht.

Zum pragmatischen Realismus beim ökologischen Umbau gehört aber auch, sich der Mittel zu bedienen, die zur Hand sind. Technologien beispielsweise im Bereich erneuerbarer Energien oder der Nutzung von Wasserstoff bieten ohne Zweifel Chancen, auch ökologische Verbesserungen zu erzielen. Die Investitionen, die auch nur für die im Koalitionsprogramm avisierten Maßnahmen notwendig wären, sind beträchtlich, ebenso die mit ihnen verbundenen ökonomischen Risiken. Private Unternehmen allein können und werden sie nicht stemmen. Dass hier das Gemeinwesen einspringen muss, ist den Ampelkoalitionären klar. Gibt es aber auch ein Einverständnis darüber, dass mit dieser Politik das Gemeinwesen das Recht erhalten muss, nicht nur die Richtung vorzugeben, in die die Transformation gehen soll, sondern auch an den Früchten, sprich: den erzielten Gewinnen, zu partizipieren?

Anthony Atkinson folgert aus der Tatsache, dass alle Innovationen kollektiven Charakter haben: „Wenn der Staat Entscheidungen zur Förderung von Innovationen trifft – egal ob in Form von Finanzierung, Lizenzvergabe, Regulierung, Beschaffung oder Bildung –, sollte er ausdrücklich die Folgen berücksichtigen, die dies für die Verteilung des Wohlstands hat“ (Atkinson 2016, S. 157). In praktische Politik umgesetzt hieße das beispielsweise: „Es sollte eine öffentliche Investitionsbehörde gegründet werden. Sie hat zur Aufgabe, einen Staatsfonds zu verwalten und den Nettowert des Staates durch Investitionen in Unternehmen und Immobilien zu erhöhen“ (ebd., S. 389). Das bedeutet: Wirtschaftssteuerung auch durch Pluralisierung der Eigentumsverhältnisse aufbauend auf progressiver Besteuerung. Mit dem „Zukunftsfoonds“, den die Regierungskoalition verabredet hat, wird das nicht gelingen. Darüber hinauszugehen würde erfordern, sich in die offene Auseinandersetzung mit denen zu begeben, die Nachhaltigkeit nur so lange propagieren, wie sie ihnen als Kapitaleigner zupass kommt.

¹ An anderer Stelle im Koalitionsvertrag wird das Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit so ins Spiel gebracht: „Bei der Novellierung der europäischen Klima-, Umwelt- und Ener-

giebeihilfeleitlinie und anderen Regeln werden wir darauf achten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewahrt bleibt“ (Koalitionsvertrag 2021, S. 64).

7 Fortschrittszweifel: Von der Katastrophe her denken

Wie dargelegt, ist das Regierungsprogramm einem Fortschrittoptimismus verhaftet, der die systemischen Bedingungen kapitalistischen Wirtschafts- und Produktivkraftwachstums sowie deren gesellschaftliche Folgen ausblendet.

Es sei daran erinnert, dass Walter Benjamin solchen Fortschrittoptimismus in den 1930er Jahren radikal in Zweifel gezogen hat. Er forderte, den „Begriff des Fortschritts [...] in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Daß es ‚so weiter‘ geht, *ist* die Katastrophe. Sie ist nicht das jeweils Bevorstehende, sondern das jeweils Gegebene“ (Benjamin 1983, S.592). Allein der Bruch mit einer Politik des „Weiter so“ kann gesellschaftlichen Progress ermöglichen.

Benjamins Insistieren, dass Fortschritt von der Abwendung der Katastrophe her zu denken ist, hat angesichts der Umweltzerstörung und des Klimawandels, globaler Ungleichheit und Fluchtbewegungen, auseinanderdrifender Gesellschaften und nationalistisch-völkischer sowie zunehmend illiberaler Reaktionen, die allesamt auch mit technologischen Neuerungen einhergegangen sind, neue Aktualität erlangt.

Die Corona-Pandemie gehört zu den Katastrophen, mit denen die Welt gegenwärtig konfrontiert ist. Auch bei uns hat sie schonungslos offen gelegt, woran die Gesellschaft krankt:

- an den „systemischen Risiken“ der Globalisierung (Goldin/Mariathasan 2014), die dann weitere Gefährdungen mit sich bringen wie beispielsweise die Leichtigkeit und Geschwindigkeit, mit der sich Viren verbreiten, oder die Schwachstellen in Lieferketten;
- an der Unzulänglichkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die immer mehr privatisiert, betriebswirtschaftlichem Kalkül und Kostendiktat unterworfen wurden;
- an der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit, auf die die Pandemie trifft und die sie verschärft, einschließlich der horrenden Gewinne von Internetkonzernen und Anlegern an den Finanzmärkten im Gefolge der Pandemie;
- an der Degradierung und Ausbeutung gesellschaftlich hoch relevanter Arbeit.

Deutlich geworden sind aber auch Möglichkeiten politischer Intervention, die vor Kurzem noch ausgeschlossen schienen, einschließlich drastischer Eingriffe in die Ökonomie, um gesundheitlichen Schaden abzuwenden, und einschließlich einer Staatsverschuldung oberhalb der „Schuldenbremse“, die soziale Sicherheiten gewährleisten sollte. Sie waren von Notlagen und Notwendigkeiten diktiert, deuteten aber auch an, dass eine andere, solida-

rischere Gesellschaft jenseits von Notlagen geschaffen werden kann, wenn sie denn politisch gewollt wird. An zwei Stellen des Koalitionsprogramms finden sich immerhin Passagen, die von der dominierenden Tonlage etwas abweichen. Die eine stellt, nach den Erfahrungen mit der Pandemie, die Segnungen der Globalisierung zumindest in einer Hinsicht in Frage und bringt eine Rückverlagerung der Produktion von Arzneimitteln in die Diskussion (Koalitionsvertrag 2021, S. 87). An anderer Stelle, wo Ansätze zu einer Kreislaufwirtschaft propagiert werden (ebd., S. 42), klingen Zweifel an der Wachstumseuphorie an. Richtungsweisend sind beide Passagen nicht.

8 Wie ambitioniert sind die Ambitionen?

Werfen wir nach den grundsätzlichen Einwänden zum Fortschrittsverständnis der Koalition einen Blick auf die Investitionsanforderungen, die eine „Fortschrittsallianz“ in Augenschein zu nehmen hat, um substanzielle Beiträge zur Verbesserung des sozialen Lebens und zumindest zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten.

Die wichtigsten Weichenstellungen nehmen Regierungen zu Beginn einer Legislaturperiode vor. So auch der für Wirtschaft und Klimaschutz zuständige grüne Vizekanzler Robert Habeck. Im Jahreswirtschaftsbericht 2022 rückt er die Umstellung der Energiegewinnung zu 80 % auf erneuerbare Energien bis 2030 als Zwischenziel zur Klimaneutralität bis 2045 als „Jahrhundertaufgabe“ ins Zentrum (BMWK 2022, S. 4). Dabei hält er mit den dazu erforderlichen gewaltigen Umbauprozessen nicht hinterm Berg: „Die Transformation hin zur Klimaneutralität wird das Tempo des sich ohnehin schon rasch vollziehenden Strukturwandels der Wirtschaft weiter erhöhen. Es werden neue Bereiche, neue Arbeitsplätze, neue Geschäftsfelder entstehen, in anderen drohen Verluste, und sie betreffen auch Identitäten, Tradition, das, worauf Menschen stolz sind.“ (ebd., S. 5) Das heißt: Von der politischen Bewältigung der Transformation hängt ab, ob Verlusterfahrungen und eher regressive Auseinandersetzungen zum Tragen kommen, oder ob es gelingt, anknüpfend an Solidaritätserfahrungen in Corona-Zeiten, gesellschaftliche Reformkoalitionen für sozial-ökologischen Progress zu schmieden, die erweiterte politische Handlungsspielräume schaffen. Habeck benennt die dafür erforderliche Grundlage: Wer Wirtschaft und Gesellschaft umbauen will, braucht über Jahrzehnte hinweg hohe Investitionen.

Der private Unternehmensbereich bleibt auch für Habeck das für Richtung und Tempo maßgebliche dynamische Zentrum, dem der Staat beiseite springen soll. Darin liegt die Krux. Was schon im „Goldenem Zeitalter“ dieses ordnungspolitischen Ansatzes eher schlecht als recht ge-

klappt hat, droht an den ungleich größeren Gegenwarts Herausforderungen zu scheitern. Aus einer ganzen Fülle an Argumenten greifen wir nur drei heraus.

Erstens den von Klaus Dörre eingebrachten Systemverweis: Es ist nicht zu erwarten, dass grüne Technologieführerschaft in der Spitzenliga des globalen Innovationsgeschehens ausreicht, die von ihm so bezeichnete ökonomisch-ökologische Zangenkrise aufzubrechen. Zum einen bezweifelt er im Grundsatz, dass sie sich „innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation überwinden lässt“ (Dörre 2019, S. 191). Zum anderen hebt er mit Verweis auf den Ressourcenverbrauch der besitzenden und vermögenden Klassen auf die enge Verschränkung von ökologischer und sozialer Frage ab, der man nicht gerecht wird, wenn man die bestehenden Verteilungs- und Besitzverhältnisse für unantastbar erklärt.

Zweitens: Grenzenloses Wachstum für alle, was im fordistischen Nachkriegskapitalismus noch möglich schien, ist im Zeitalter der Klimakrise irreal geworden. Ökologische Grenzen des Wachstums sind flankiert von dem, was Ökonomen als säkulare Stagnation bezeichnen. Auf eine Revitalisierung der Wirtschaft durch einige wenige Förderprogramme, zaghafte industriepolitische Initiativen und Innovationspakete zu setzen, ist naiv. Friederike Spieker (2022) hat darauf in ihrer Kommentierung des von Habeck eingebrachten Jahreswirtschaftsberichts treffend hingewiesen: „Vielmehr spricht alles dafür, dass sich die eklatante Investitionsschwäche, die trotz Nullzinsen seit der Eurokrise 2012 in Deutschland zu beobachten ist, nach Corona fortsetzt. Warum sollte das auch anders sein? Der Corona-Schock war eine große Belastung für die Unternehmen, und an allen anderen für die Investitionstätigkeit entscheidenden Faktoren hat sich nichts zum Positiven gewendet.“

Mit 149 Mrd. € gibt der Deutsche Städte- und Gemeindebund den gegenwärtigen Investitionsrückstand der Städte, Gemeinden und Landkreise an. Auf rund 5 Bio. € beziffert eine von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Auftrag gegebene Studie die Investitionen, die erforderlich sind, um Deutschland bis 2045 klimaneutral umzubauen.² Durch weitreichende Umlenkung von in diesem Zeitraum vorgesehenen Investitionen auf ökologische Transformationsziele könne der zusätzliche Kapitalbedarf im günstigen Fall auf 1,9 Bio. € gesenkt werden. Das ist immer noch eine immense Summe, die zugleich die Notwendigkeit von politischen Vorgaben zur Investitionssteuerung in den Bereichen Verkehr, Energie, Industrie, Dienstleistungen sowie in den privaten Haushalten (Wohnen etc.) unterstreicht.

Der Handlungsspielraum der „Fortschrittsallianz“ ist entsprechend FDP-Vorgaben jedoch derart eng definiert worden, dass sie an den für die sozialen und ökologischen Erfordernisse umrissenen Anforderungen von Beginn an zu scheitern droht. Bereits 2023 wird die Schuldenbremse erneut in Kraft gesetzt. Eine Vermögensteuer wird weiterhin nicht erhoben; der Spitzensteuersatz gilt unverändert;

die Unternehmensbesteuerung bleibt mit ihren diversen Schlupflöchern auf niedrigem Niveau eingefroren. Dass das nicht funktionieren kann, hat die Geschichte mehrfach belegt. US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte zur Finanzierung des New Deal der 1930er Jahre den Spitzensteuersatz von 25 % zunächst auf 63 %, später auf 79 % und schließlich auf 91 % erhöht – für Vermögenszuwächse, die auf heutige Verhältnisse umgerechnet oberhalb von einer Million Euro liegen. Eine ergiebigere Besteuerung hat auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu jener „great compression“ in der Vermögens- und Einkommensverteilung beigetragen, in der Thomas Piketty eine der Grundlagen des *Golden Age* des Kapitalismus bis in die 1970er Jahre sieht. Wohlgemerkt: Hohe Reichtumsbesteuerung bei gleichzeitig hohen Investitionsquoten und wachsendem gesellschaftlichen Wohlstand.

Hinzu kommt drittens, wie Mariana Mazzucato überzeugend dargelegt hat, dass eine von den Finanzmärkten geprägte Wirtschaft die „Realökonomie“ eher ausdörrt als vorantreibt. Kreditvergabe erfolgt nur noch in abnehmendem Maße zum Zwecke der Finanzierung von Realinvestitionen. Das Gros der Finanzinvestments geht in Vermögens- und Immobiliengeschäfte (Mazzucato 2020). Transformationsprojekte, die realwirtschaftlich unterlegten sozialen und ökologischen Fortschritt bringen könnten, stehen gerade nicht an der Spitze der Investitionsvorhaben. Hier werden Systemdefekte erkennbar, die weitreichende Umbauten und Strukturveränderungen an den kapitalistischen Märkten erforderlich machen.

9 Leerstelle Zukunft der Arbeit

In der Corona-Pandemie veränderte sich der Blick auf das System gesellschaftlicher Arbeit. Berufsfelder und Arbeitsbereiche, die zuvor im Schatten öffentlicher Wahrnehmung und Anerkennung standen, erfuhren eine Aufwertung, weil sie sich als zentral für die individuelle und kollektive Reproduktion erwiesen haben. Das ging in der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 bekanntlich weit über Gesundheits- und Pflegeberufe hinaus und umfasste neben Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel oder in der gerade für den Internethandel zentralen Logistikbranche auch Erntearbeiter und Reinigungskräfte. Eher prekär organisierte und tendenziell im Niedriglohnsektor angesiedelte Arbeitsfelder erhielten einen Status, der in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. noch Banken, Hedge Fonds und Private-Equity-Gesellschaften vorbehalten

² Die Untersuchung wurde erstellt von Prognos, Nextra Consulting und dem Institut für nachhaltige Kapitalanlagen (WirtschaftsWoche 2021).

war – den der „Systemrelevanz“. In dieser Zeit wurde die Politische Ökonomie des Gemeinwesens neu beleuchtet.

Im Koalitionsprogramm findet sich eine ausdrückliche Würdigung der Arbeit der Pflegekräfte während der Pandemie, verbunden mit einer Mittelzusage von einer Milliarde Euro (Koalitionsvertrag 2021, S. 80). Wie die weit verbreitete Prekarität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland insgesamt überwunden werden könnte, ist hingegen kein Thema. Überhaupt wird Arbeit eher randständig behandelt, abgesehen von den obligatorischen Qualifizierungsmaßnahmen, die berufliche Übergänge ermöglichen und helfen sollen, den Facharbeitermangel zu beseitigen.

Diese Unterbelichtung könnte sich als fatal erweisen. Denn die großen „Transformations“-Felder der „Fortschritts“-Koalition sind ohne die Reorganisation der Arbeitswelt nicht zu denken. Angesichts vielfältiger Digitalisierungs-, Dekarbonisierungs- und Globalisierungsbrüche gilt es, Berufsfelder und Arbeitsbereiche neu zu verhandeln. Einer neueren Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über Reichweite und Arbeitsmarkteffekte der Digitalisierung zufolge weisen rund 34 % aller sozialversicherungspflichtig ausgeübten Berufe in Deutschland ein hohes „Substituierungspotential“ (Dengler/Matthes 2021³) auf. Infrage gestellt sind damit mehr als 11 Mio. Arbeitsplätze. Ein sich daraus ergebender weitreichender Umbau des Arbeitsmarktes dürfte mit hohen Planungsunsicherheiten und Ad-hoc-Entwicklungen verbunden sein, geben doch 50 % der Betriebsratsmitglieder in der letzten Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2020 zu Protokoll, dass ihr Unternehmen oder Betrieb über keine strategische Antwort auf die anstehenden Zukunftsherausforderungen verfügt (IG Metall 2020).

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung liest man davon nichts. Und von „guter Arbeit“ ist gleichsam nur als Ausgleichsversprechen im Gründungsdokument der Ampel die Rede – ausschließlich im Zusammenhang mit den Versprechen eines „klimaneutralen Wohlstands“ oder verstärkter „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Effizienz“ (insgesamt sechs Mal im voluminösen Koalitionsvertrag). Wenn „gute Arbeit“ mehr sein soll als eine Beschwörungs- oder Beschwichtigungsformel, mehr als ein Appendix, ist nachzuliefern.⁴

10 Was bleibt vom Fortschrittsversprechen?

Kommen wir noch einmal zurück zur eingangs gestellten Frage, ob sich ein Ende der Ära des Neoliberalismus abzeichnet und ob in diesen Zusammenhang auch der Regierungswechsel in Deutschland einzuordnen ist.

In seinem Buch „Die Welt im Lockdown“ schreibt Tooze: „Die massiven wirtschaftspolitischen Eingriffe des Jahres 2020 waren wie die des Jahres 2008 janusköpfig. Einerseits sprengte ihr Ausmaß die Fesseln neoliberaler Zurückhaltung und ihre ökonomische Logik bestätigte die grundlegende Diagnose der interventionistischen Makroökonomie bis zurück zu Keynes [...]. Andererseits wurden diese Eingriffe von oben nach unten vorgenommen. Sie waren politisch nur deshalb denkbar, weil es keine Herausforderung von links gab, und ihre Dringlichkeit war bedingt durch die Notwendigkeit, das Finanzsystem zu stabilisieren“ (Tooze 2021, S. 25).

Mit anderen Worten: Die politische Lockerung der neoliberalen Fesseln erfolgt heute auf der Grundlage des Siegeszugs des Neoliberalismus in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Unter diesen Umständen kam die Stabilisierung des Finanzsystems in den beiden großen Krisen der letzten Jahre, wie Tooze in seinen Untersuchungen darlegt, wiederum denen zugute, die von diesem System am meisten profitieren.

Das Ergebnis derartiger Kriseninterventionen wird daher immer nur eine prekäre Stabilität sein, die in neue Krisenkonstellationen mündet und erneut Ad-hoc-Interventionen hervorruft. In diesem Kontext droht auch das Fortschrittsversprechen der Ampelkoalition zu scheitern. Der ökologische Umbau soll vom Kapital vorangetrieben werden und hat gerade darin seine Grenzen, dass er der Akkumulation von Kapital verpflichtet bleibt. Die Investitionsrisiken hingegen sollen gemeinschaftlich abgedeckt werden. Eigentums- und Vermögensverhältnisse bleiben politischer Intervention nach wie vor weitgehend entzogen, die Schuldenbremse bleibt grundgesetzlich verankertes Bollwerk, das nur mit viel haushaltspolitischer Phantasie sporadisch umgangen werden kann. Soziale Rechte bleiben geschwächt.

Toozes Hinweis auf den janusköpfigen Charakter der Maßnahmen verweist aber auch darauf, dass die Dynamik unbewältigter Krisen die Regierung dahin drängen kann, über den selbstgesteckten Handlungsrahmen hinauszugehen.

- 3 Als substituierbar gelten Tätigkeiten, die zu 70 % bis 100 % durch computergesteuerte Maschinen oder Systeme übernommen werden können.
- 4 Prominente Abgeordnete der Demokratischen Partei in den USA haben mit Zahlen unterlegt deutlich gemacht, wo welche Arbeitsplätze entfallen, aber auch in welchem

Umfang neue Arbeitsplätze in anderen Berufsfeldern neu entstehen könnten (siehe u.a. Markey 2021). Damit lassen sich Transformations- und Bildungsbedarfe bestimmen und Ängste aus der Welt schaffen, während hierzulande Status-, Wohlstands- und Anerkennungsverluste in schönen Worten nur semantisch überdeckt werden.

gehen. Ein derartiges „Notfall-Regime“ sprengt dann die neoliberalen Fesseln und lässt – ungewollt – Perspektiven neu zum Zuge kommender Wirtschaftssteuerung, die sich an gesellschaftlichen Bedarfen ausrichtet, aufscheinen. In der Neudeinition von „Systemrelevanz“ insbesondere im pandemiebedingten ersten Lockdown im Frühjahr 2020 steckte das drin: Nicht mehr Hedge-Fonds-Manager oder Banken-Vertreter wie in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern für die gesellschaftliche und individuelle Reproduktion unverzichtbare Berufe wurden für „systemrelevant“ erklärt. Darin enthalten ist eine weitere Perspektivverschiebung: weg vom Flaschenhals der Profitproduktion, hin zu sozialen Überlebensinteressen und den dafür erforderlichen Arbeitsfeldern (Detje et al. 2021). In den Blickwinkel gerät damit auch soziale Infrastruktur, die durch Kitas über Schulen bis zu Gesundheitsämtern und Kliniken auf hohem Niveau garantiert sein muss, um das gesellschaftliche Leben ebenso wie die wirtschaftlichen Kreisläufe zu sichern. Auf eine Kurzformel gebracht: Der Kapitalismus erweist sich als eine Produktionsweise, die auf sozialen Voraussetzungen basiert, die er selber nicht schafft, sondern die ihm „aufgeherrscht“ werden müssen.

Wir wissen: Aus dem Applaus für meist prekär Beschäftigte in systemrelevanten Berufen ist im weiteren Verlauf der Pandemie wenig politisches Kapital geschlagen worden. Das ist interessengeleitet einerseits gewollt: Gegen eine neue Debatte über systemische Relevanzen wehren sich Unternehmerverbände und ihre vorzüglich ausgestatteten Lobbyorgane mit aller Macht. Zum Ausdruck kommt darin aber auch die von Tooze benannte Marginalisierung einer „Herausforderung von links“: nicht nur mit Blick auf die politische Arena, sondern auch auf das sehr viel weiter gesteckte Feld der Zivilgesellschaft. Damit drohen die kritischen Lehren aus den Jahren der Pandemie dethematisiert zu werden und verloren zu gehen.

Gegensteuern tut Not. Gesellschaftlicher Fortschritt und ökologische Nachhaltigkeit erfordern eine Neuverständigung über systemische Relevanzen. Dabei geraten Arbeit und Arbeitswelt weit über soziale Berufe hinaus in den Blick. Und damit sind gerade Gewerkschaften neu gefordert. Nicht sie allein, aber als wichtiger Teil progressiver gesellschaftlicher Allianzen. Kritisch gewendet können sie Negativ-Erfahrungen einbringen. Die Bilanz der letzten sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung unter dem Kanzler Schröder und dem Vizekanzler Fischer war mit der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, der Ausweitung des Niedriglohnsektors und der schnellen Entwertung der Ware Arbeitskraft bei Arbeitslosigkeit desaströs. Selbst 16 Jahre nach der Abwahl der ersten rot-grünen Koalition konnten deren negative Langzeitfolgen nicht annähernd abgebaut werden. Aber es gibt auch Positiv-Erfahrungen: Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 € ist eines der gewerkschaftlichen Leuchtturmprojekte, das sich andere gerne auf die eigene Fahne schreiben. Gegenüber der Ampelkoalition können Gewerk-

schaften einbringen, dass rentenpolitischer Stillstand in Rückschritt für die wachsende Zahl der Armutsrentnerinnen und -rentner zu münden droht. Und sie können um ihre eigenen Machtressourcen kämpfen, beispielsweise für eine nicht mehr am Veto der Unternehmerverbände scheiternde Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Auch Demokratie-Potenzial können Gewerkschaften einbringen, wenn sie Arbeitspolitik „von unten“ im Kontext der ökologischen, digitalen und transnationalen Transformationsprozesse in Anschlag bringen – auch kritisch gegenüber einer sozialliberal-grünen Agenda, in der „mehr Demokratie wagen“ kein Thema mehr ist. Kurzum: Gewerkschaften können Anstoßgeber für politische Allianzen sein, die sich mit dem eng geführten Fortschrittskonzept nicht zufrieden geben.

Hingegen nur abzuwarten, was ihnen an Regierungsgaben beschert wird, bliebe weit unterhalb der Handlungsnotwendigkeiten. Im techniklastigen Fortschrittsversprechen steckt zu viel Stärkung von Kapitalmacht. Dagegen sollten sich die Gewerkschaften rüsten. Die gerade stattfindenden grundlegenden Auseinandersetzungen um die Richtung, in die sich die Gesellschaft bewegt, zwingen sie geradezu, ihre politische Verantwortung über die Betriebe hinaus geltend zu machen. Einfluss muss durch Organisationsmacht unterlegt und mit Mobilisierungskraft, nicht zuletzt mit Hilfe kommunikativer Machtressourcen, errungen werden.

Was Letzteres anbelangt, hat Jürgen Habermas (2021) kürzlich noch einmal an die Voraussetzungen deliberativer Politik erinnert: Gemeinwohlorientierung, soziale Gleichheit und sozialstaatliche Ausbalancierung gegenseitlicher Interessen. Alle drei Rahmenbedingungen demokratieförderlicher Politik sind im neoliberalen Regime der zurückliegenden vier Jahrzehnte attackiert und ausgehöhlt worden. Damit nahm sowohl die öffentliche Aufmerksamkeit wie auch die der Parteien gegenüber den unteren gesellschaftlichen Klassen ab, die wiederum im elektoralen Prozess mit Wahlenthaltung oder Präferenzen für populistische Positionen reagierten. Und es entfaltete sich der „Siegeszug des Illiberalismus“, bei dem „der Aufstieg eines reaktionären Populismus, des konservativen Autoritarismus und andere antidemokratische Bewegungen die liberalen Demokratien mit sehr realen Gefahren konfrontiert“ (Cooley/Nexon 2022, S.73).

Gerade Gewerkschaften sind betroffen, wenn die Rahmenbedingungen aufklärerischer politischer Kommunikation erodieren und sich autoritäre/totalitäre Systeme durchsetzen. Sie wären deshalb gut beraten, ihre Kommunikationskanäle auszuweiten, Orte und Medien zu schaffen und zu bewahren, in denen Aufklärung und politische Debatten gedeihen können. Fatal wäre es, sich in diesem Feld blind dem Modernisierungstaumel in den Formaten der sozialen Medien anzupassen, der Zeit und Raum für aufklärende Kritik einengt. Dies möchten wir den Gewerkschaften auch mit Blick auf die Zukunft der WSI-Mitteilungen ins Stammbuch schreiben. ■

LITERATUR

- Atkinson, A. B.** (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart
- Beck, U.** (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.
- Benjamin, W.** (1983): Das Passagen-Werk. Erster Band, Frankfurt a. M.
- BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz)** (2022): Jahreswirtschaftsbericht. Für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft – Transformation innovativ gestalten, Berlin
- Chamayou, G.** (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin
- Coley, A. / Nixon, D. H.** (2022): Der Siegeszug des Illiberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 67 (2), S. 65–80
- Dengler, K. / Matthes, B.** (2021): Folgen des technologischen Wandels für den Arbeitsmarkt: Auch komplexere Tätigkeiten könnten zunehmend automatisiert werden, in: IAB Kurzbericht Nr. 13, Nürnberg
- Detje, R. / Sauer, D. / Schumann, M.** (2021): Nach den Banken nun die Arbeit? Systemrelevanz in der Corona-Krise, in: Aulenbacher, B. / Deppe, F. / Dörre, K. / Ehlscheid, C. / Pickhau, K. (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Münster, S. 177–183
- Dörre, K.** (2019): Was ist neu am Neosozialismus, in: Dörre, K. / Schickert, Ch. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München
- FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)** (2022): Blackrock-Chef: Sind keine Umweltschützer, sondern Kapitalisten, in: FAZ, 19. Januar, S. 25
- Goldin, I. / Mariathasan, M.** (2014): The Butterfly Defect. How Globalization Creates Systemic Risks, and What to Do about It, Princeton
- Habermas, J.** (2021): Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit, in: Leviathan Sonderband 37, S. 470–500
- IG Metall** (2020): Beschäftigtenbefragung 2020, <https://www.igmetall.de/imbetrieb/beschäftigtenbefragung-2020> (letzter Zugriff: 18.2.2022)
- Kronauer, M.** (2020): Kritik der auseinanderdriften Gesellschaft, Frankfurt a. M. / New York
- Koalitionsvertrag** (2021): Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf
- Lutz, B.** (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität – Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. / New York
- Markey, E.** (2021): Senator Markey and Representative Ocasio-Cortez Reinintroduce Green New Deal Resolution, 20. April, <https://www.markey.senate.gov/news/press-releases/senator-markey-and-representative-ocasio-cortez-reintroduce-green-new-deal-resolution> (letzter Zugriff: 4.12.2021)
- Mazzucato, M.** (2020): Capitalism After the Pandemic. Getting the Recovery Right, in: Foreign Affairs, Oct. 2., <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-10-02/capitalism-after-covid-19-pandemic>
- Scholz, O.** (2021): „Ich will die Welt ein Stück besser machen“, Interview in: Spiegel 40/2021
- Spieker, F.** (2022): Robert Habecks erster Jahreswirtschaftsbericht: Manipulation ist noch keine Wirtschaftspolitik, <https://www.fspieker.de/2022/02/01/robert-habecks-erster-jahreswirtschaftsbericht-manipulation-ist-noch-keine-wirtschaftspolitik> (letzter Zugriff: 18.2.2022)
- Toope, A.** (2021): Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen, München
- WirtschaftsWoche** (2021): Studie: Investitionsbedarf von 5 Billionen Euro für Klimaneutralität, 7. Oktober, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/klimaschutz-studie-investitionsbedarf-von-5-billionen-euro-fuer-klimaneutralitaet/27684984.html> (letzter Zugriff: 4.12.2021)

AUTOREN

RICHARD DETJE, Soziologe, Mitarbeiter von WISSENTransfer und Mitglied im Vorstand der Rosa Luxemburg Stiftung.

@ rdetje@aol.com

MARTIN KRONAUER, Dr., Prof. i. R. für Gesellschaftswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

@ kronauer@hwr-berlin.de

DIETER SAUER, Prof. Dr., Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF München).

@ dieter.sauer@isf-muenchen.de

MICHAEL SCHUMANN, Dr., Prof. em. für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen und Senior Präsident am Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI).

@ michael.schumann@sofi.uni-goettingen.de